

# Der Gewerkeverein

Zentralorgan und Korrespondenzblatt des Verbandes der Deutschen Gewerkevereine.

Erscheint jeden Mittwoch und Sonnabend. Vierteljährlicher Abonnementspreis durch die Post bezogen und abgehoben vom Postamt 0,85 Mk.; bei direkter Bestellung durch den Briefträger ins Haus 18 Pfg. mehr. Alle Postanstalten nehmen Bestellungen an.

Herausgegeben unter Mitwirkung der Verbands- und Vereins-Vorstände vom Zentralrat der Deutschen Gewerkevereine (Eitrich-Verlag). Berlin N.O. 55, Greifswalder Straße 221/225.

Anzeigen pro Zeile: Geschäftsamt, 25 Pf. Familienamt, 15 Pf. Vereinsamt, 10 Pf. Arbeitsmarkt gratis. Redaktion und Expedition: Berlin N.O., Greifswalderstraße 221/225. Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4720.

Nr. 14.

Berlin, Sonnabend, 16. Februar 1907.

Neununddreißigster Jahrgang.

## Inhalts-Verzeichnis.

Der politische Boykott. — Friedliche Verständigung der Völker. — Zum Reichstagswahl. — Zum Verbandsstage. — Allgemeine Rundschau. — Kämpfeberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906. — Verbands-Zell. — Angelegen-Zell.

### Der politische Boykott.

In den Wahlkreisen, in welchen die Sozialdemokratie bei der letzten Reichstagswahl um ihr Mandat gekommen ist, versuchen die zielbewußten „Genossen“ fanatische Mache zu üben. So wird aus Bremen gemeldet, daß in den Stadtvierteln, in denen die Arbeiterschaft besonders stark vertreten ist, massenweise Klagen über Boykottierung von Geschäften und Behrangungen von Arbeitern erfolgen; die im Verdacht stehen, den liberalen Kandidaten gewählt zu haben. Fleischer, Bäcker, Barbierer usw., die sich geweigert haben, sozialdemokratische Wahlplakate in ihre Schaufenster zu hängen, haben ihre sozialdemokratisch gesinnten Kunden zum Teil eingekauft. Gegenüber diesen Maßnahmen hat der geschäftsführende Ausschuß der freien Vereinigung liberaler Reichstagswähler einen Anruf erlassen, durch den alle geschädigten oder bedrohten Arbeiter, Ladeninhaber, Handwerker, Wirte oder sonstige Geschäftsinhaber aufgefordert werden, sich über das Vorgehen der Sozialdemokraten gegen sie zu äußern. Hier hofft man in gemeinsamer Abwehr dem Terrorismus wirksam entgegenzutreten zu können.

In Sachsen erlassen keine Geschäftsinhaber, die im Verdacht stehen, den bürgerlichen Kandidaten gewählt zu haben, in den sozialdemokratischen Blättern Inserate mit der feterlichen Versicherung, daß sie sozialdemokratisch wählen. So stand in der „Sächsischen Arbeiter-Zeitung“ ein Inserat eines Badermeisters: „Achtung! Arbeiter Schmiedebergs!“ Teile mit, daß ich bei der Reichstagswahl unsern Horn und nicht, wie behauptet wird, Passenge gewählt habe usw.“

Im „Dresdener Anzeiger“ wird ein Fall erzählt, wo ein Geschäftsmann in R. bei der Gemeinderatswahl als bürgerlicher Kandidat aufgestellt war und unterlag. Die „Hilfswörter“ gaben sich aber mit ihrem Siege nicht zufrieden, sondern einige ihrer Führer erschienen im Laden des unterlegenen bürgerlichen Kandidaten, um ihm zu bedeuten, daß er sich nur durch einen Beitrag für die Parteilasse vor dem Boykott retten könne.

Bei der Reichstagswahl in Magdeburg hatte ein Arbeiter namens Heise sich selbst für den liberalen Kandidaten agitatorisch betätigt. Dafür wurde er von seinen sozialdemokratischen Mitarbeitern und verhöhnt und öfter auch tätlich angegriffen, so daß es ihm schließlich unmöglich war, an seiner Arbeitsstelle auf einem großen Daudauer Werke zu verbleiben. Am Mittwochabend der vorigen Woche, als sich S. auf dem Heimwege nach seiner Wohnung in der Endenburg befand, wurde er von einer Reihe von „Genossen“ überfallen, beschimpft, angegriffen, geflohen, geschlagen und hingeworfen. Infolge dieser rauen Zeit sind bereits 12 verheiratete Beilegte verhaftet worden, gegen welche die Anklage auf Landfriedensbruch erhoben wurde. Die Namen der Verhafteten werden in den Magdeburger Blättern veröffentlicht.

Die Niederlage der Sozialdemokratie bei der Wahl war im wesentlichen eine Folge des von ihr

gegen Andersdenkende verübten Terrorismus. Die hier geschilderten Vorgänge sind daher nur geeignet, immer mehr Arbeiter zu veranlassen, der Sozialdemokratie den Rücken zu kehren. Denn wo möchte es auch einen gebildeten Arbeiter geben, der solche Niederträchtigkeiten billigte? Ganz im Gegenteil. Intelligente Arbeiter werden sich mit Abscheu abwenden von einer Gesellschaft, die zwar Freiheit und Brüderlichkeit auf ihre Fahne schrieb, aber unbrüderlich, intolerant und brutal gegen die Freiheit der Ueberzeugung und des Denkens handelt.

### Friedliche Verständigung der Völker.

Mit großem Eifer wird die 2. Haager Konferenz vorbereitet. Der russische Delegierte zur 1. Haager Konferenz, Professor von Martens, bereist im Auftrage des Jaren die verschiedenen europäischen Höfe, um die notwendigen Grundlagen zur Aufstellung eines Arbeitsprogrammes zu erhalten. Bis jetzt fand er überall, auch in Berlin, das freundlichste Entgegenkommen. Auch der unermüdlige englische Friedensmann W. J. Stead hat sich auf Reisen begeben, um in Paris, Rom, Wien, Budapest, Berlin, Petersburg, Stockholm, Christiania, Kopenhagen persönlich für seine Botschaft zu wirken, die er am Ende des verflohenen Jahres am sämtliche lebenden Zeitungen der alten und der neuen Welt versandte. Dieselben lauten:

„Der erste Wunsch geht dahin, daß die Regierungen der Welt im Haag selbst sämtlich die Propaganda für den Frieden und Brüderlichkeit aller Völker übernehmen sollten und diese Aufgabe nicht Privatpersonen und Gesellschaften überlassen, die dazu mehr oder weniger befähigt sind. Und als zweites möchte ich mir vorzuschlagen erlauben, daß die Konferenz den hohen Mächten die Stiftung eines Friedensbundes für diesen Zweck empfiehlt, indem jede Regierung festsetzt, daß ein gewisser Prozentsatz, sagen wir 0,1 v. H., des Kriegsbudgets für diese Propaganda bestimmt wird. Das wäre 1 Mark auf je 1000 Mark, die wir jetzt an Vorbereitungen gegen den Krieg verwenden.“

„Der zweite Wunsch ist, daß die Haager Konferenz für obligatorisch zu erklären. Dieser Artikel stellt den friedlichen Parteien den Rat, ehe sie das Schwert ziehen, ihre Sache neutralen Freunden vorzulegen, die als Schlichter oder Friedensvermittler handeln und auf eine Zeit von nicht mehr als dreißig Tagen mit einander beraten sollen, um den Krieg abzuwenden. Wenn man dies obligatorisch macht, sollte jeder Staat, der die Waffen ergreift, ohne vorher Friedensvermittlung nachgesucht zu haben, oder sich weigerte, den Streit einer Kommission d'arbitrage zu unterbreiten, für einen Feind der Menschheit erklärt und von allen anderen Mächten finanziell und kommerziell boykottiert werden. Wenn man dieses Prinzip 1899 angenommen hätte, würden der Welt vielleicht der Krieg in Südafrika und der Krieg zwischen Japan und Rußland erspart worden sein.“

Herr Stead empfiehlt schließlich, daß am Abend der Konferenz eine Friedens-Villagerfahrt, aus den angehörenden Vertretern der Friedensliga in jedem Lande bestehend, von Hof zu Hof, von Hauptstadt zu Hauptstadt gehen und überall drei Forderungen vorzutragen solle: 1. die Annahme des Friedensbundes; 2. die Entsendung cordialer als entscheidende, zielbewußte Norm der Politik in Friedenszeiten; 3. Boykott allen denen, die das Schwert ergreifen, ohne sich der Friedensmittel zu bedienen, welche die Konferenz ihnen bietet. Der Zustimmung des englischen Premierministers Sir Henry Campbell-Bannerman zu der Gründung eines Friedensbundes hat sich Herr Stead verpflichtet.

In Wien gab Baronin von Suttner eine Abendgesellschaft zu Ehren Steads, der am 20. Jan. mit seiner Gemahlin von Rom her dort eintraf. Stead berichtete nach der „Neuen Freien Presse“. Wien bei dieser Gelegenheit, daß es dem englischen Premierminister mit der Haager Konferenz so glücklich

Griff sei, daß er, wenn es ihm die parlamentarische Lage erlauben sollte, sogar bereit sein würde, sich persönlich nach dem Haag zur Konferenz zu begeben.

„Die maßgebenden Faktoren in England“, sagt Mr. Stead fort, „wünschten sich keineswegs dem Frieden geben, daß die Konferenz nur gewisse Gelegenheiten erdörtern soll, die der Krieg selbst mit sich bringt, wie die Frage der Kontrabande, der fliegenden Minen und ähnliches; nach ihrem Dafürhalten sollte es vielmehr die Hauptaufgabe der Konferenz sein, die Frage der Rüstungen zu diskutieren. England selbst hat bereits ein gutes Beispiel gegeben, indem es sein Marinebudget wesentlich herabsetzte und für die nächsten fünf Jahre festsetzte, daß es nicht erhöht werden soll.“

„In unseren maßgebenden Kreisen“, bemerkte Mr. Stead, „besteht auch die Absicht, auf der Konferenz gewisse entscheidende technische Fragen zur Sprache zu bringen, zum Beispiel die, daß angesichts des Wettlaufs der Staaten, einander in dem Bau von Seefloßten zu überbieten, eine Maximalgrenze des Lonnengehalts der Kriegsschiffe festgesetzt werden soll.“ Präsident Roosevelt und Staatssekretär Root schlossen sich dem englischen Standpunkte vollständig an und sind entschlossen, ihn nach Möglichkeit im Rate der Mächte zur Geltung zu bringen.

Auch in Italien besteht der beste Wille, England zu unterstützen. Man hat berichtet, daß wenn etwa Deutschland nicht die Absicht haben sollte, auf der Konferenz die Frage der Rüstungen zur Besprechung bringen zu lassen, der Dreieund als solcher solidarisch auftreten würde. „Ich habe“, bemerkte Stead, „es nicht unterlassen, an maßgebender Stelle in Rom zu fragen, ob diese Mitteilung als authentisch angesehen ist, und den Bescheid bekommen, daß dem keineswegs so sei.“ Tittoni spezial sagte mir: „Wir werden England hinsichtlich der Frage der Rüstungen aufs kräftigste unterstützen.“

Ueber seine Audienz beim König Viktor Emanuel erzählt Mr. Stead: „Der König hat mich in hohem Grade ermuntert, in meiner Mission fortzufahren und nicht zu erlahmen, auch auf die Gefahr hin, als Phantast angesehen zu werden, der Chimären nachjagt. Man dürfe nicht, auch wenn die ersten Anläufe nicht den vollen Erfolg haben, den Mut sinken lassen.“ In jedem Falle habe auch der König gezeigt, wie sehr ihm die Friedenssache am Herzen liege.

Betreffs Frankreichs sagte Mr. Stead, daß man dort maßgebendorts auf der einen Seite gerne England zu unterstützen bereit sei, andererseits aber sich dahin äußere, daß es bei Deutschland liege, ob die Frage der Rüstungen auf der Konferenz zur Debatte gestellt werden solle oder nicht.

Für sehr wichtig hält es Mr. Stead, daß der Artikel 8 der Haager Konvention für obligatorisch erklärt werde. Durch diesen Artikel wird den in einen Konflikt befindlichen zwei Staaten der Rat erteilt, im Augenblick, da der Ausbruch eines Krieges droht, ihre Angelegenheit befreundeten Staaten zu unterbreiten, die spätestens in einem Monat ihre Beschlässe darüber, wie ein Ausgleich zwischen den streitenden Parteien zu treffen wäre, zu fassen hätten. Was bis jetzt dem guten Willen anheimgegeben wurde, sollte fortan durch die Aufzeichnung der zweiten Haager Konferenz obligatorisch werden, indem festgelegt würde, daß Staaten, die zum Kriege schreiten, ohne um Friedensvermittlung nachgesucht zu haben oder die sich weigern, den Streitfall einem Schiedsgericht zu unterbreiten, für Feinde des Menschengeschlechts erklärt und finanziell sowohl wie kommerziell von den anderen Staaten boykottiert werden sollen.

Etwas weniger weit als die Erwartungen Steads gehen die des Prof. von Martens, der natürlich als offizieller Vertreter eines Staates sich etwas zurückhaltender äußern mußte als der Privatmann Stead. Prof. von Martens sprach sich einem Mitarbeiter der in Berlin erscheinenden „Deutschen Worte“ gegenüber dahin aus, Kaiser Rußland und Rußland seien auf



# Allgemeine Rundschau.

Freitag, 15. Februar 1907.

**Platzhäftigkeit.** Eine Reihe deutscher Zeitungen rechnet auf einmal den „Gewerkschein der Maschinenbau- und Metallarbeiter“ als zur sozialdemokratischen Richtung gehörend. Bekanntlich hat der Generalrat eine Resolution beschossen, worin die Mitglieder aufgefordert werden, sich nicht an den Abstimmungen über die Waiseier und erst recht nicht an dieser selbst zu beteiligen. Die betreffenden Zeitungen nahmen davon errentet Notiz und fragten, in der Annahme, daß der Gewerkschein eine sozialdemokratische Gewerkschaft sei,

ob nun der Gewerkschein der Maschinenbau- und Metallarbeiter „flücht“? Der Vorstand der sozialdemokratischen Partei wird sich hüten, ihn von der Partei auszuscheiden, denn die Stärke der Sozialdemokratie wurzelt in den freien Gewerkschaften und nicht in den sozialdemokratischen politischen Organisationen. So werden wir denn sehen, daß „die Partei“ so und auch anders kann.

Wir nehmen hier nur einen Plüchtheitsfehler an, den die meisten Zeitungen gleich schon anderen Tags, wenn auch nicht immer sehr geschickt, korrigieren.

Ratürlich wird auch der Tag kommen, wo die Gewerkschaften den Kaisertrummel über Bord werfen, denn dann später auch der Tag folgen muß, wo auch die Gewerkschaften das Joch der parteipolitischen Verbannung von sich abschütteln.

- Eine weitere erfreuliche Wirkung der gemeinsam von den verschiedenen Organisationen und dem Verein für Sozialpolitik veranstalteten vorjährigen „Heimarbeit-Ausstellung“ zeltigte der Bundesratsbeschluss vom 13. Februar zum Schutze der Arbeiter in der Zigarrenindustrie. Es sollen dem Reichstage vorgelegt werden:
- a) der Entwurf eines Gesetzes betreffend die Herstellung von Zigarren in der Hausindustrie;
  - b) der Entwurf einer Kaiserlichen Verordnung, betreffend die Ausdehnung der Paragraphen 135 bis 130b der Gewerbeordnung auf Werkstätten der Tabakindustrie;
  - c) der Entwurf von Bestimmungen, betreffend die Einrichtung und den Betrieb der zur Ausfertigung von Zigarren bestimmten Anlagen.

Die Entwürfe sind fertig und haben mit jenem Beschlusse die Zustimmung des Bundesrats gefunden.

**Ave Caesar, victores te salutant!** Kaiser, die Sieger grüßen Dich! So lautet die Übersetzung des lateinischen Soges, mit dem der konservative Politiker Hertel seine Rede im Reichstag schloß, wo in dieser Woche wieder einmal die vom Bund der Landwirte geführten Agrarier sich versammelten. Die Agrarier süßten sich auf der Höhe der Situation und immer weiter müßten sie die Regierung treiben, zumal sie merken, daß etwas vorgeht, das ihrem Zollwucher nicht gerade nützlich sein könnte.

Schmerzlich ist man verhißt, daß die Schweinefleischpreise (siehe nur vorhergehende D. Red.) etwas heruntergegangen sind. Aber das bedeutet noch längst nicht, wie der „Vorwärts“ richtig hervorhebt, eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter. Die Preise der übrigen Fleischsorten, sowie anderer Agrarprodukte sind im Vergleich zu dem Preisniveau im Anfang vorigen Jahres gestiegen. Wir machen über die Preisveränderung nach den amtlichen Berichten der süddeutschen Markthallenleitung folgende Aufstellung:

pro 50 Kilogramm	Preis am		pro 1907 gegen 1906	in Prozent
	1. Februar 1906	2. Januar 1907		
<b>Rindfleisch I.</b>	62-65	70-75	+ 8-10	12,9-18,3
II.	54-50	64-69	+ 9-10	15,0-18,5
III.	48-53	58-63	+ 10-11	20,8-21,1
IV.	38-46	50-56	+ 10-12	21,7-21,5
<b>Kalb- und Schweinefleisch I.</b>	80-88	92-100	+ 8-12	10,0-18,8
II.	63-78	72-90	+ 12-17	18,4-27,0
III.	53-63	65-78	+ 12-15	22,6-23,8
<b>Hammelfleisch I.</b>	65-75	67-75	+ 0-2	0,0-3,0
II.	59-65	62-65	+ 0-2	0,0-11,8
<b>Schweinefleisch</b>	66-76	64-65	- 0-11	14,4-15,2
<b>Butter I.</b>	116-118	122-126	+ 6-8	5,1-6,8
II.	112-116	118-122	+ 6	5,1-5,8
III.	108-112	114-117	+ 5-6	4,6-5,8
<b>Eier (per Schock)</b>	4-5	4-5	+ 1	0,0-25,0

Dennach ist der Preis für Schweinefleisch um 14,4-15,2 pCt. gefallen. Außerdem ergibt sich noch für Hammelfleisch eine Preisverminderung um bis 11,8 pCt. Damit ist die Herrlichkeit des Preisfalles zu Ende. Dafür haben die Konsumenten eine ganze Reihe Preissteigerungen hinnehmen müssen, die im Durchschnitt härter sind als die erfolgten Preisnachlässe. Bis über 30 pCt. gehen die Steigerungen hinauf! Und gerade die geringeren Sorten der Rindfleisch und Kalbfleisch sind am allerhöchsten von den Preisanschlägen betroffen worden. Dazu treten dann noch die gestiegenen Preise für Butter und Eier.

**Arbeiterbewegung.** Der Streik der Bergemacher in Berlin ist wegen Ausschlagigkeit aufgehoben worden. — Die Bewegung der Textilarbeiter von Böhmen und Ungarn hat eine wesentliche Verschärfung dadurch erfahren, daß die Unternehmerorganisation die Vermittlung des Gewerbegerichts rundweg abgelehnt hat. — In der Storchbrauerei zu Speier war vor kurzem ein Streik ausgebrochen, der jetzt mit der bedingungslosen Wiederaufnahme der Arbeit beendet worden ist. Ein Teil der Ausschlägigen muß inzwischen noch auf seine Wiedereinstellung verzichten. — In München haben die Schuhmachergesellen den bisher gültigen Tarif gekündigt und einen neuen ausgearbeitet, der die Forderung der zehnstündigen Arbeitszeit, eines Zuschlages für Ueberstunden, eines partiellen Arbeitsnachweises, Abschaffung der Heimarbeit und einer Erhöhung der Löhne enthält.

In St. Gallen (Schweiz), wo in verschiedenen Industriezweigen Lohnbewegungen im Gange sind, wurden alle organisierten Schneidbergesellen ausgesperrt. — In Charleroi (Belgien) sind die Arbeiter der Stahlfabrik Marcinelli in den Ausstand getreten, weil die von ihnen gestellten Lohnforderungen abgelehnt wurden. — In Belfast (Irland) verlangten 500 Spinner die ihnen vor einiger Zeit versprochene Lohnsteigerung und traten, als ihnen diese abgelehnt wurde, in den Streik. Als Antwort darauf wurden zwei Tage später von den Unternehmern weitere 1700 Arbeiter ausgesperrt. — Der Streik der bulgarischen Eisenbahnangestellten hat jetzt sein Ende erreicht. Die Arbeit ist wieder aufgenommen worden, nachdem die Hauptforderungen der Ausschlägigen bewilligt worden sind.

Einem wichtigen Schritt zur Lösung der Volksfrage bedeutet der Antrag, den Abg. Cassel mit Unterstützung beider freimüthiger Fraktionen zur zweiten Beratung des Reichstags eingebracht hat. Der Antrag lautet: Das Haus der Abgeordneten wolle beschließen: die königliche Staatsregierung zu ersuchen, die Lehrpläne der Volksschule und der höheren Lehranstalten in organische Verbindung zu bringen und die bei den staatlichen höheren Lehranstalten noch bestehenden Volksschulen allmählich aufzugeben.

Die Beteiligung an Konsumvereinen ist den Staatsbeamten des Fürstentums Schwarzburg-Sondershausen von der Regierung untersagt worden. Mit diesem Verbote in Zusammenhang steht eine Verfügung, die den Eisenbahnbeamten der Station Arnstadt durch die Vermittlung des Stationsvorstandes zugestellt wurde, und die ihnen und ihren Ehefrauen die Beteiligung an dem Arnstädter Konsumvereine verbietet. Die Verfügung hat folgenden Wortlaut: Sie werden hiermit aufgefordert, aus dem Arnstädter Konsum- und Produktvereine, dem Sie als Mitglied angehören, auszutreten und Ihren Austritt alsbald bei dem Vereinsvorsstande anzumelden. Am Schlusse des Geschäftsjahres des Vereins haben Sie die gerichtliche Bescheinigung über den erfolgten Austritt Ihrem Dienstvorgesetzten vorzulegen. Gleichzeitig werden Sie darauf aufmerksam gemacht, daß es nicht gestattet werden kann, daß etwa an Ihrer Stelle Ihre Ehefrau dem Konsumverein als Mitglied beitrete.

Derartige Eingriffe in die bürgerliche Freiheit der Staats- und Eisenbahnbeamten sind entschieden zu verurteilen. Wahrscheinlich handelt es sich, wie in ähnlichen früheren Fällen, auch hier um einen Konsumverein mit einer sozialdemokratischen Leitung, die ihre politische Agitation auch im Konsumverein betrieb. Ein derartiger Mißbrauch einer wirtschaftlichen Organisation zu Parteizwecken wäre natürlich nicht minder scharf zu verurteilen.

Man wende nicht ein, daß es so etwas nicht gebe. Tatsächlich sind die meisten sozialdemokratisch geleiteten Konsumvereine gleichzeitig auch Instrumente für die sozialdemokratische Agitation. So lesen wir im sozialdemokratischen „Volkshorn“ vom 13. Februar dies:

„Wir müssen wir festhalten, daß der Lagerhalter Hermann Eichner sich unserer Agitation nicht anschließt, trotzdem er mehrmals dazu aufgefordert worden ist. Er scheint aber nicht zu beabsichtigen, durch was er hat, zu zeigen, daß er nicht anders werden will, als er ist. Sollte es nicht anders werden, sollte er unseren Verkehr auch ferner meiden, so steht es ihm frei, das Recht zu betreiben, das er hat, und das Recht zu betreiben, das er hat, und das Recht zu betreiben, das er hat.“

„In solchen Konsumvereinen sollte man die Herren Egoisten ruhig unter sich lassen, damit nicht verständige Leute indirekt gezwungen werden, Brutalitäten dieser Art zu unterstützen.“

Wer andere durch Prothesen oder durch Verunsicherungen bestimmet oder zu bestimmen versucht, an Verhandlungen zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen teilzunehmen oder ihnen Folge zu leisten, macht sich nach § 153 der Gewerbeordnung strafbar. Der Maurer St. war auf Grund

dieser Vorschrift angeklagt worden. Als sich zwei Arbeiter auf einem Bau weigerten, dem „Arbeitslosen“ Zentralverbande der Maurer Deutschlands beizutreten, teilte er ihnen mit, daß er und die übrigen Maurer fernerhin nicht mehr mit ihnen zusammen arbeiten würden, wenn sie sich nicht seinem Verbände anschließen. Als St. und Genossen die Arbeit einstellten, weil sie mit den zwei Arbeitern, die einem christlichen Verband angehörten, nicht mehr zusammen arbeiten wollten, wurden die erwählten beiden Arbeiter vom Voller entlassen, um St. und Genossen zu veranlassen, die Arbeit wieder aufzunehmen. Während St. von der Strafkammer Berlin zu einer Gefängnisstrafe verurteilt wurde, wurden die übrigen Maurer, welche auf der Seite des St. gestanden hatten, freigesprochen, weil diese gegen die christlichen Arbeiter keinerlei Drohungen ausgesprochen hätten; daß sie stillschweigend mit St. einverstanden waren, welche nicht aus, um zu einer Beurteilung der anderen Maurer auf dem Bau zu gelangen. Auf die Revision der Staatsanwaltschaft wurde aber vom Kammergericht die Vorentscheidung aufgehoben und die Sache zur anderweiten Verhandlung und Entscheidung an das Landgericht zurückgewiesen, indem u. a. ausgeführt wurde, St. sei mit Recht wegen Jawiderhandlung gegen § 153 der Gewerbeordnung verurteilt worden. Die Freisprechung der anderen Maurer erscheine nicht begründet; wenn die anderen Maurer mit dem herbeigeführten Erfolg einverstanden waren und durch die gemeinsame Niederlegung der Arbeit die Entlassung der beiden Arbeiter herbeiführen wollten, so erscheine auch ihre Beurteilung gerechtfertigt.

Der frühere Unterstaatssekretär im Reichsamt des Innern, Dr. v. Rottenburg, ist zu Bonn im Alter von 62 Jahren einem Schlaganfall erlegen. Seit 1896 bekleidete der Verstorbenen das Amt des Rectors der Universität Bonn. Mit Dr. v. Rottenburg scheidet ein großartiger, der Freiheit und dem sozialen Fortschritt dienender Charakter aus dem Leben. Wiederholt nahm er auch in den letzten Jahren energisch Stellung zugunsten der Arbeiter gegen die Großindustriellen, die sich auf den Standpunkt des absoluten Herrschertums stellten. Dafür hat er in der Unternehmerrpresse viele Schmähungen ertragen müssen. In einer Korrespondenz, die unser Redakteur mit Dr. v. Rottenburg über diesen Vorgang ungeteilt, schrieb der Geschmähte, daß ihn diese Angriffe nicht berührten, weil er seinem Gewissen und seinem sozialen Pflichtgefühl folge, wenn er den Arbeitern in ihrem Streben nach bürgerlicher Gleichberechtigung dem Großunternehmer gegenüber helfe. Auch im persönlichen Verkehr hatten wir Gelegenheit die große Seele dieses vortrefflichen Mannes kennen zu lernen. Sein Andenken wird uns unvergänglich sein!

## Tätigkeitsberichte der Ortsverbände über das Jahr 1906.

**Ortsverband Duisburg.**

Selten konnte wohl über eine derartig intensive, vielseitige Tätigkeit eines Ortsverbandes berichtet werden, wie es dieses Mal geschehen kann von unserem Ortsverband. Mit Recht konnte ausgesprochen werden: „Das Vie ist, es ändert sich die Zeit“. Unsere Gegner haben im vergangenen Jahre das oft spüren müssen und mit Recht folgten sie die Organisation, die sich innerhalb des Ortsverbandes vollzog. Mit Stolz aber bilden die Gewerkschaften auf das zurück, was im Jahre 1906 geschaffen und geleistet wurde. Am 1. März war es möglich, nachdem die Ortsverband Duisburg und Dord sich zu einem einheitlichen Ortsverband zusammengeschlossen hatten, ein Arbeitersekretariat zu errichten, das sich einer stetig zunehmenden Bewegung erfreut. Wenn auch am Anfang nicht alle Kollegen sich dieser erwärmen konnten, so dürfte jetzt, nachdem das Gründungsjahr vorüber ist, viele einen Bestehen befehlt sein. Aber nicht allein auf die Organisation nach innen blicken wir jetzt mit Stolz, sondern auch auf die einzelnen Kämpfe, die zu bestehen waren. Durch diese Kämpfe haben die Gewerkschaften den Segen zur Beweise bewiesen, daß wir keine ohnmächtige und schwächliche „Gesellschaft“ sind, wie man uns geschmacklos seitens der christlichen Gewerkschaften huzubellen beliebt, daß vielmehr die Gewerkschaften energisch vorgehen und mit ihnen gerechnet werden muß. Wenn wir das vergangene Jahr richtig bezichtigen wollen, so kann mit Recht gesagt werden, es war ein Jahr des Kampfes im vollen Sinne des Wortes. Nicht weniger als an fünf Gewerkschaftsgerichten haben wir uns ohne jeglichen Kompromiß selbständig beteiligt. Die wichtigsten Wahlen beweisen, daß die Gewerkschaften auch ohne Kompromisse gute Erfolge erzielen und daß man nicht aus Handstreichungen ein Kompromiß mit dem Gegner abschließen soll. Wenn man die Mitglieder zu überzeugte Gewerkschaften, zu Kämpfern für unsere Ideen erziehen will, dann ist es notwendig, daß man sie in den Kampf führt, damit sie die Kräfte mit dem Gegner messen können. Und die-

dem Standpunkt, daß die Konferenz sich vor allem mit praktischen Fragen beschäftigen müsse, um auch zu wirksamen Resultaten zu gelangen.

Es bleibt natürlich jedem Staate unbenommen, seinerseits Anträge zu stellen und Dinge im Haag zur Diskussion zu stellen, deren Erörterung ihm auf der internationalen Konferenz wünschenswert erscheint. Bekanntlich haben die Vereinigten Staaten und England die Absicht, den Abrüstungsgedanken zu behandeln und einen entsprechenden Antrag auf allgemeine Abrüstung einzubringen. Daß Japan den gleichen Standpunkt vertritt, wie zu lesen war, möchte ich bezweifeln. Der Dreieck hat, soviel ich weiß, hiermit nichts zu tun und die russische Regierung gleichfalls nicht. Wenn die allgemeine Abrüstung einmal praktisch in Fluß kommen soll, so müßte man seitens der führenden Mächte, die diese Idee vertreten, wohl auch praktisch mit gutem Beispiel vorgehen.

Ganz abgesehen hiervon gibt es doch tatsächlich Material genug, das im Haag beraten werden kann, und es könnten Fragen von Bedeutung einer für alle Völker gleich wünschenswerten Lösung entgegengeführt werden. Hierzu gehören die Neutralitätsbestimmungen während eines Konfliktes. Die Erfahrungen des ostasiatischen Krieges haben ja gezeigt, daß z. B. über den Aufenthalt der Schiffe kriegsführender Mächte in den Häfen Neutraler verschiedene Auffassungen herrschen, daß die treibenden Minen eine starke Gefahr für Unbeteiligte bilden usw. Die Bestimmungen des Seerights überhaupt werden wohl einer Erörterung unterworfen werden, da hier manches zu erklären sei und durch internationale Abmachungen festgelegt werden kann. Es werden auch die Fragen, welche auf der ersten Konferenz beraten wurden, wahrscheinlich weiter fortgeprochen werden, so daß die zweite Beratung der Vertreter der Mächte als eine Fortsetzung der ersten anzusehen sein würde. Seitens der deutschen Presse wurde einmal vorgeschlagen, auch die Streitigkeiten zwischen einzelnen Staaten wegen ihrer Kolonien dem Haager Schiedsgericht zu übergeben. Vielleicht hat diese Anregung den Erfolg, daß man sich hiermit beschäftigt. Im ganzen genommen stehen also, wenn die Konferenz zusammentritt, nicht Verhandlungen über unfruchtbarere Dinge, wie z. B. Entwaffnung, in Aussicht, sondern über völkerrechtliche Angelegenheiten rein praktischer Art. Die Regierungen und Völker werden doch alle Anregungen mit Freuden begrüßen, die dazu dienen können, Klarheit über internationale Bestimmungen in solchen Fällen zu schaffen, die eine verschiedene Auslegung zulassen, und deren Bedeutung außer Zweifel steht.

Wie man aus diesen Bemerkungen erhellt, legt Prof. v. Martens wenig Hoffnung, daß die Frage der Abrüstung ihrer Lösung durch die II. Haager Konferenz entgegengeführt werde. Und es ist zuzugeben, daß diese Lösung sehr viele Schwierigkeiten haben wird. Auch wäre unserer Ansicht nach ohne eine wesentliche Besserung bezw. Verbesserung der internationalen Beziehungen für den Friedensgedanken an sich auch durch eine allgemeine Abrüstung nicht besonders viel gewonnen, da die Kriegsmöglichkeit ja nach wie vor immer noch vorhanden, ja unter Umständen erleichtert wäre, da eine Kriegsoperation mit weniger zahlreichen Truppen eher möglich wäre als mit den Riesenhorden, die gegenwärtig in Betracht kommen. Bevor ein befriedigender internationaler Rechtszustand geschaffen, eine weitergehende Annäherung der zivilisierten Völker untereinander erreicht und eine in das Bewußtsein der Völker tief eingetragene Ueberzeugung von der Möglichkeit schiedsgerichtlicher Entscheidung von Völkerstreitigkeiten an Stelle des sich gegenwärtig noch überall breit machenden Zweifels an dieser Möglichkeit getreten ist, wird auch eine Abrüstung, und wenn sie noch so weit geht, keinen dauernden Frieden zwischen den zivilisierten Staaten herbeiführen können. Damit wollen wir aber keineswegs befürworten, diese Frage überhaupt nicht auf der II. Haager Konferenz zur Sprache zu bringen; ihre Diskussion kann ja nur klärend wirken und möglicherweise dazu beitragen, auf dem von uns angebotenen Wege um so energischer und rascher vorwärts zu schreiten.

Es ist vielfach, auch in den pazifistischen Kreisen, die Meinung vorhanden, den Präsidenten Roosevelt eines Doppelspiels zu bezichtigen, da er einerseits die Abrüstungsfrage auf die Tagesordnung der II. Haager Konferenz gesetzt wissen will, andererseits aber in seiner letzten Botschaft von der Notwendigkeit gesprochen hat, die Rüstungen in seinem Lande zu verstärken. Wir glauben, daß man ihm Unrecht tut; denn er hat diese Notwendigkeit damit begründet, daß die Vereinigten Staaten sollten alles tun, um die Durchfuhrung des Friedens unter den Völkern zu beschleunigen; so lange aber eine internationale Macht, welche jedes Unrecht wirksam verhindern kann, fehle, könne keine große und freie Nation sich selbst der Macht berauben, ihre Rechte zu schützen und in Ausnahmefällen für die Rechte einzustehen. Dies ist doch ein ganz anderer Standpunkt, als ihn manche deutsche Politiker und deutsche Zeitungen einnehmen, die, wie z. B. die „Dresdener Nachrichten“, behaupten, „Deutschland müsse ja, wie die internationale Lage

sich gestaltet habe, jede Teilnahme und Mitarbeit an der Bewirkung der Abrüstung ablehnen; denn für Deutschland würde eine Verminderung der Wehrmacht nichts anderes bedeuten als nichtwürdige Vergebung des Erbes der Väter und Verzicht auf seine Stellung in der Reihe der Großmächte“. Diese Politiker schauen immer nur wie hypnotisiert auf die Vergangenheit und die Gegenwart, eine Zukunft, an deren Gestaltung auch Deutschland mitzuwirken die Pflicht hat, gibt es für sie nicht. Immerhin wird die II. Haager Konferenz, ob nun die Abrüstungsfrage zur Besprechung kommt oder nicht, eine Reihe der wichtigsten internationalen Fragen zu beraten haben und bei alldem guten Willen, und daran ist allem nach nicht zu zweifeln, Resultate erzielen können. Die für die Friedfertigung der Völker von größter Bedeutung sind. Hoffen wir das beste!

### Zum Verbandstage.

Mit Interesse habe ich den Artikel: „Was kostet eine Tageszeitung?“ in dem „Gewerksverein“ gelesen. Der Artikel muß jeden Leser überzeugen, daß eine Tageszeitung nicht zu machen geht, weil uns dazu die materiellen Mittel fehlen. Ich habe mir daher noch einmal den Vorschlag des Kollegen Goldschmidt angesehen, der dem vorigen Verbandstag vorzulegen hat und von diesem leider abgelehrt wurde. Da will ich bemerken, daß ich auch heute noch Anhänger des von Ihnen eingebrachten Entwurfs für eine dreimal wöchentlich erscheinende Zeitung bin. Das ist der Weg, auf dem sich das Projekt verwirklichen läßt. Aus diesem Grunde behaupte ich, daß unsere sonst durchweg fränkische Provinzialpresse, sowie einzelne Ortsvereine und schließlich auch der Verbandstag eine nicht wohlwollendere Beurteilung dem Entwurf entgegenbrachte. Wir brauchen eine Tageszeitung wegen der Angriffe der Gegner usw. hat es damals geheißen und so heißt es auch jetzt. Die Einsender, welche sich mit dem kommenden Verbandstage beschäftigen, ventillieren immer wieder diese Frage. Es wird dabei genügt und polemisch gesagt, das wäre nicht gut, das müßte so und so sein, positive Vorschläge aber, wie die Kostenfrage geregelt werden soll, was die Hauptsache ist, findet man nicht. Ich bin überzeugt, wollen wir ernsthaft an die Verwirklichung denken, dann ist sie nur zu lösen, wenn wir den in dem Entwurf von damals zugrunde gelegten Gedanken wieder aufnehmen, nämlich den: „Daß die Zeitung nur im Wege eines allgemeinen sogenannten „Zustimmungsbetrag“ von 5 Pfg. pro Woche von sämtlichen Verbandsgenossen getragen wird.“ Seit dem Verbandstag haben sich in unsern Verhältnisse mehrfache Veränderungen vollzogen und zu diesen gehört auch die Zusammenziehung des „Korrespondenzblattes“ mit dem „Gewerksverein“. Das „Korrespondenzblatt“ war aus materiellen Gründen nicht zu halten. Aber es ist immerhin ein erfreulicher Fortschritt, daß der „Gewerksverein“ jetzt zweimal erscheint.

In dem Artikel: „Was kostet eine Tageszeitung?“ welcher zeitgemäß und aus gewissen Gründen auch notwendig war, wird unter Bezugnahme auf „Das Reich“ den Verbandsgenossen ein anschauliches Bild gegeben, was für Geldmittel zur Gründung und Erhaltung eines solchen Unternehmens gebraucht werden, und dies ist auch für unsere Tageszeitungspläne in Betracht zu ziehen. Die Zahlen wirken überzeugend und so wird der Ausbau unseres „Gewerksverein“ wieder mehr wie je in den Vordergrund treten. Die Frage des Ausbaues steht mit dem Verzicht der englischer Verbindung. Der „Gewerksverein“ erscheint heute zweimal wöchentlich, an Form und Inhalt ist er besser und reichhaltiger geworden. Der Preis von 65 Pfg. das ganze Vierteljahr ist ein geringer, daß es keinem schwer wird, die paar Pfennige zu bezahlen? Wenn aber erneut die Erweiterung und Vervollständigung herangezogen wird, so müßte man bedenken, daß das nur möglich ist, wenn jeder ernsthaft Hand anlegt, wenn die Genossen dafür sorgen, daß in den Ortsvereinen der „Gewerksverein“ von allen abonniert wird. Aber in den Ortsvereinen, wo der Kern für die Verbreitung liegt, da sieht es oft lau aus. Ohne den meisten Ortsvereinsversammlungen unrecht zu tun, sage ich gleich: unserer Presse wird das Maß von Beachtung, welche sie ihrer Bedeutung nach verdient, beinahe ausschließlich nicht entgegengebracht. Hier müssen die Vorkämpfer unbedingt eingreifen; vielleicht empfiehlt es sich, wenn die Schriftführer oder ein etwa dazu gewählter Genosse eine Liste über den Abonnementstand im Ortsverein führt, welche an jedem zweiten Monat vor Schluß des Vierteljahres mit dem üblichen Nachdruck verlesen wird.

Auch zum weiteren Ausbau des „Gewerksvereins“ sollten die Genossen mit beitragen. Nützliche, belehrende Schriftsätze oder wichtige Versammlungsberichte sind selbstverständlich sehr willkommen und einmal den Inseratenteil unseres Organs an, wie häufig sieht er aus und doch bildet er die Lebensader einer jeden Zeitung. Auch die Gewerksvereiner brauchen Schuhe, Stiefel, Anzüge, Wäsche und alles Mögliche so gut wie die Gegner, Tausende von Festen, Veranstaltung aller

Art finden von uns statt, die Gastwirte, die Geschäftsleute bekommen das Geld, ohne daß sie von unseren Genossen eingeladen werden, in unserer Zeitung zu inserieren, geschweige denn, daß man sie zu einem Abonnement auf den „Gewerksverein“ einladet. Da haben wir in den Ortsverbänden Preis-Kommissionen u. dergl., die sicher nicht nur dazu da sind, den Inhalt des „Gewerksvereins“ zu bewachen, ich will nicht sagen zu bekämpfen, diese Kommissionen könnten viel und wirksam an dem Ausbau des „Gewerksvereins“ beitragen. Eine Umwandlung des „Gewerksvereins“ in eine Tageszeitung ohne einen entsprechenden Inseratenteil ist jedenfalls unmöglich.

Das heutige Kellamessen bringt den Zeitungen bedeutende Einnahmen, die zur kostentragsfähigen Erhaltung aber auch nötig sind. Daß die Berliner Kollegen nicht imstande sind, eine Tageszeitung durchzuführen, ist wohl wahr, selbst wenn man annimmt, daß sich der Verkerks auch außerordentlich erweitern würde. Aber in Berlin ist mehr als in irgend einer anderen Stadt Aussicht, den „Gewerksverein“ zu haben, sei es durch reichliches Abonnement oder Ausgabe von Inseraten usw. Das kann nur durch besondere Arbeit ermöglicht werden. Hier fehlt es an einer Kraft, welche speziell die Agitation für den „Gewerksverein“ aufnimmt, sämtliche Ortsvereinsversammlungen besucht und Abkommen wirkt, dagegen am Tage das Inseratengeschäft besorgt. Da bietet sich bei der großen Zahl von Geschäftsleuten reichliche Gelegenheit, und diese Kraft würde sich sicher leicht machen. Wenn wir mit einer Zeitungsnummer von 5 Pfg. pro Woche anfangen und dann jedem Gewerksvereiner den „Gewerksverein“ dreimal wöchentlich kostenlos ins Haus bringen lassen, dann würde es bei der großen Auflage auch viele gut bezahlte Inserate geben und gar bald würde das Geld zusammenkommen für eine Tageszeitung. Allein dieser Umweg führt zum Ziel.

Berlin. Osl. Rudrasch.

### Zum Verbandstage.

Aus allen Ecken unseres deutschen Vaterlandes sind schon Anstalten und Wünsche in großer Zahl kundgegeben worden. Nun möchte ich wenigstens auch noch eine Kleinigkeit beifügen. Aus alter Erfahrung bin ich darüber klar geworden, daß das viele Rumbiegen von diesem oder jenem Wunsche, wenn die Durchführbarkeit der Wünsche nicht bewiesen wird, verdammt wenig Wert hat. Wünsche kann man viel, man muß sich aber auch fragen: was ist durchführbar? Wir in Schiedsdeutschland wissen ein Lied davon zu singen. Schon seit langen Jahren und immer wieder haben wir nicht nur den Wunsch ausgesprochen, ja wir haben bei jedem Verbandstag den Antrag gestellt, für Süddeutschland einen Beamten zu erhalten, welches jeder einsehensvolle Gewerksvereiner gewiß als eine Notwendigkeit betrachten muß. Was war jedesmal die Folge? Die Anträge sind auf den Verbandstagen jedesmal ins Wasser gefallen, ja am letzten Verbandstag wäre sogar der Zentralrat bereit gewesen, einmal mit der Sache Ernst zu machen, da paßte es aber den rheinischen Abgeordneten nicht.

Kollegen, meine Ansicht geht dahin, jetzt bei den bevorstehenden Wahlen gehörig Umschau zu halten, welchen Abgeordneten wir unsere Stimme geben, welche geneigt sind, unsere Wünsche zu vertreten. Wählen wir nicht zu viel Beamte, ich nehme an, diese werden ihre Interessen nicht mit Füßen treten; wir haben noch Männer genug in unseren Reihen, welche imstande sind, unser Interesse zu wahren und unserer Organisation dasjenige zu geben, was ihr der heutigen Zeit gegenüber gebührt.

Auf die nun schon reichlich breitgetretenen Fragen bezüglich Ausbreitungsverbände, Anwalt, Zentralrat usw. will ich nicht weiter eingehen, obgleich ich in manchen derselben gegenteiliger Ansicht bin, als sie bis jetztutage geäußert wurden. Meine Ansicht geht dahin, in allererster Linie eine erspriechliche Agitation in die Wege zu leiten. Nicht auf Neugierigkeiten kommt es an, sondern auf den Geist und die Lebendigkeit. Das sage ich als alter, erfahrener Gewerksvereiner. Die gegenwärtige Zeit habe ich für die Agitation sehr günstig; das weitere wird sich finden. Haben wir die Willigkeit gewonnen, so findet sich alles andere von selbst.

Um auch Stellung zur Sache zu nehmen, hat sich der hiesige Ortsverband gestattet, sämtliche württembergische Ortsverbände und Ortsvereine zu einer am Sonntag 24. Februar 1907, ins Gasthaus zur Fischerei in Cannstatt-Stuttgart einladenden Wägen die Kollegen von Württemberg der Einladung zahlreich folgen, damit wir imstande sind, unsere berechtigten Wünsche sowohl als auch die Ansichten der Kandidaten gemeinsam zum Ausdruck zu bringen. Rein Ortsvereine darf fehlen. Es gilt den Beweis zu führen, daß wir imstande sind, durchführbare Wünsche an den Verbandstag zu richten.

Ulm a. D. Fallischer.

